

Fragend schreiten wir voran...

Arbeitsheft 3

weitere Anträge
weitere Kandidatur

7. Landesparteitag

20. und 21.10.2012 in Chemnitz

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN

Inhaltsverzeichnis

A Leitanträge

ÄA.1.17. Änderungsantrag - Sozialpolitische Leitlinien der LINKEN Sachsen 4

ÄA.2.20 Änderungsantrag - Bildungspolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE.Sachsen 5

ÄÄA.2.8.1 Änderungsantrag - Bildungspolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE.Sachsen 8

C Sachanträge

ÄC.1.1 Änderungsantrag zu C 1 – Ersetzungsantrag
Hochschulpolitik demokratisch und solidarisch gestalten 9

D Parteiinterna

ÄD.1.1 Änderungsantrag zu D 1 – Änderung der Landessatzung im § 31, Abs. 2
Gemeinsame Aufgaben von Landesvorstand und Landesrat 11

Kandidatur Landesvorstand 12

A Leit Antrag an den 7. Landesparteitag

A.1 Sozialpolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE. Sachsen

ÄA.1.17 Änderungsanträge zum Leit Antrag – Mindestrente

EinreicherInnen: Stefan Hartmann, Jayne-Ann Igel, Holger Weidauer

1. Antrag - Einfügen in Satz Zeile 223:

»Zum Schutz vor Altersarmut ist eine solidarische Mindestrente „in Höhe von derzeit mindestens 1.050 Euro Netto monatlich“ im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung einzuführen.«

sowie

2. Antrag - Einfügen in Satz Zeile 292:

»Die stigmatisierende Grundsicherung für Arbeitssuchende, besser bekannt als Hartz IV oder ALG II, ist durch eine „individuelle“ sanktionsfreie Mindestsicherung „oberhalb der Armutsrisikogrenze in Höhe von zur Zeit mindestens 1.050 Euro Netto monatlich“ zu ersetzen.«

Streichung in Satz Zeile 293/294: „die vor Armut schützt“

Begründung:

Wir verweisen mit Nachdruck darauf, dass auf dem Parteitag in Göttingen folgendes zur Mindestrente beschlossen worden ist: „Wir wollen eine armutsfreie solidarische gesetzliche Rente für alle, eine Mindestrente von zur Zeit mindestens 1.050 Euro netto monatlich einführen für diejenigen, die sonst ein Leben unter der Armutsgrenze führen müssen.“

Und zur Mindestsicherung wurde beschlossen: „Wir fordern die Abschaffung von Hartz IV und wollen stattdessen eine Erwerbslosenversicherung, die den Namen wirklich verdient und eine individuelle sanktionsfreie Mindestsicherung oberhalb der Armutsrisikogrenze, zur Zeit mindestens in Höhe von 1050 Euro netto monatlich.“

Diese wesentlichen Sachstände sollten sich auch in den Sozialpolitischen Leitlinien widerspiegeln.

Die Armutsrisikogrenzen derjenigen Datenquellen, deren Erhebungsmethoden im weitesten Umfang dem EU-Standard entsprechen, betragen bereits im Jahr 2008 1.063 Euro netto monatlich (EVS) und im Jahr 2009 966 Euro netto monatlich (SOEP, vgl. beide Angaben im Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts auf S. 457 f.). Fortgeschrieben mit der durchschnittlichen jeweiligen Steigerung der Armutsrisikogrenze würde die EVS-Armutsrisikogrenze bei über 1.100 Euro netto monatlich im Jahr 2013 liegen, die des SOEP bei 1.029 Euro netto monatlich im Jahr 2012 bzw. 1.050 Euro netto monatlich im Jahr 2013.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leitantrag an den 7. Landesparteitag

A.2 Bildungspolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE. Sachsen

ÄA.2.20 Änderungsanträge zum Leitantrag – Änderungen resultierend aus den Basiskonferenzen in Dresden, Leipzig und Chemnitz

EinreicherInnen: Arbeitsgruppe Bildungspolitische Leitlinien

1. Antrag - Zeilen 277-281:

Alt: „Langfristiges Ziel linker Bildungspolitik ist ein bundesweit einheitliches und damit auch endlich wirklich vergleichbares Schulsystem. DIE LINKE. Sachsen ist sich bewusst, dass alleine von Sachsen aus nicht verwirklichen ist. Da die Bildungspolitik aber in wesentlichen Punkten Ländersache ist, ergeben sich ...“

Neu: „Verschieben nach Zeile 107: „Langfristiges Ziel linker Bildungspolitik ist ein bundesweit einheitliches und damit auch endlich wirklich vergleichbares Schulsystem. DIE LINKE. Sachsen ist sich bewusst, dass alleine von Sachsen aus nicht verwirklichen ist. Solange Bildungspolitik Ländersache ist, ..“

Auf Zeile 279: „Bildungspolitik ist in wesentlichen Punkten Ländersache, daher ergeben sich ...“

2. Antrag - Zeilen 339-340:

Alt: „Wenn man schon von Nivellierung reden will ...“

Ganzen Satz streichen

3. Antrag - Zeile 356 ff.

Alt: „Ab Klasse 9 sehen wir eine Binnendifferenzierung in den Hauptfächern ([...]) vor, ...“
„Sämtliche Nebenfächer ([...]) werden auch weiterhin bis zum Abschluss der Klasse 10 ...“

Neu: „Ab Klasse 9 sehen wir eine Binnendifferenzierung vor, die durch von den Schülerinnen und Schüler selbstgewählte Leistungskurse gestaltet werden soll, die es leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern ermöglicht, optimal vorbereitet ab Klasse 11 den gymnasialen Weg zum Abitur in Angriff zu nehmen. Sämtliche anderen Fächer werden auch weiterhin bis zum Abschluss der Klasse 10 ...“

4. Antrag - Zeile 405 ff.

Ergänze im gesamten Abschnitt 2.2.2. hinter das Wort „Kinder“ die Worte „und Jugendliche“.

5. Antrag - Zeile 468:

Ergänze hinter „... wird der positive Lernerfolg gefördert.“ folgenden Satz:

„Um darüber hinaus eine sinnvolle und erlebnisreiche Feriengestaltung aller Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen, setzt sich DIE LINKE. Sachsen dafür ein, dass die anerkannten freien Träger der Jugendhilfe und Landeskulturverbände mehr finanzielle Unterstützung des Landes für zusätzliche Freizeitangebote und die außerschulische Jugendbildung erhalten.“

6. Antrag - Zeilen 471- 479:

Streiche ganzen Absatz von „Die soziale Segregation ...“ bis einschließlich „... Ausbau der Förderinfrastruktur etc.“

7. Antrag - Zeile 535:

Streiche die Klammer

8. Antrag - Zeile 609:

Streiche 2.2.6 Schema

9. Antrag - Zeilen 826 - 827:

Streiche den Satz beginnend mit „DIE LINKE. Sachsen versteht ...“.

Anpassung des nächsten Satzes auf Zeile 828:
„Wir beziehen uns auf den reinen pädagogischen Aspekt ...“

10. Antrag - Zeilen 854 – 855:

Alt: „Für die Geschichtsbildung im schulischen Bereich setzt die Partei DIE LINKE. Sachsen auf Grundsätze, die bislang weder im schulischen noch im außerschulischen Bereich die nötige Beachtung fanden.“

Neu: „DIE LINKE. Sachsen ist der Auffassung, dass die Geschichtsbildung im Freistaat Sachsen die sächsische Geschichte in ihrer gesamtdeutschen, europäischen und weltgeschichtlichen Einbettung zu vermitteln hat.“

11. Antrag - Zeilen 855 ff.:

Alt: „DIE LINKE. Sachsen setzt sich für die konsequentere Durchsetzung der Trennung von Staat und Kirche ein, die letztlich auch im Interesse der Kirchen liegt, ohne dabei einem antichristlichen oder grundsätzlich antireligiösen „Kulturkampf“ das Wort zu reden.“

Neu: „DIE LINKE. Sachsen setzt sich für die konsequentere Durchsetzung der Trennung von Staat und Kirche ein, die letztlich auch im Interesse der Kirchen liegt. Der Religionsunterricht soll bekenntnisfrei erteilt werden und gleichberechtigt über alle Religionen informieren.“

12. Antrag - Zeilen 875-877:

Streiche den Satz beginnend mit „Dazu sind ein einheitlicher ...“

Anpassung nächster Satz auf Zeile 877: „Ausreichend Zeit für Vor- und Nachbereitung durch das pädagogische Personal muss in der Arbeitszeit integriert sein.“

13. Antrag - Zeile 979:

„... und mindestens 50% eine Hochschulzugangsberechtigung erlangen sollten.“
Nach diesem Satz eine Fußnote einfügen mit Inhalt „siehe ebd., S. 5/6“

14. Antrag - Zeile 986:

Alt: Anstrich „die Internationalisierung der Hochschulen ist über die Durchsetzung international vergleichbarer Studienabschlüsse hinaus fortzuführen.“

Neu: Anstrich „die Internationalisierung der Hochschulen ist über die Durchsetzung international vergleichbarer Studienabschlüsse einschließlich deren gegenseitiger Anerkennung hinaus fortzuführen.“

15. Antrag - Zeilen 999 – 1001:

Alt: „..., ist die berufliche Bildung als gleichwertig mit der allgemeinen schulischen Bildung anzuerkennen, und sie sollte grundsätzlich zur Studienberechtigung führen.“

Neu: „..., müssen an den Hochschulen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass mehr Inhaberinnen und Inhaber von Berufsbildungsabschlüssen studieren“

16. Antrag - Zeile 1014:

Alt: „Die Finanzierung der Hochschulen muss bis hin zur Ausfinanzierung ...“

Neu: „Die Finanzierung der Hochschulen, einschließlich ihrer zentralen Einrichtungen wie der Bibliotheken, muss bis hin zur Ausfinanzierung ...“

17. Antrag - Zeile 1057:

Alt: „Daher fordert DIE LINKE. Sachsen das allgemeinpolitische Mandat der Studierendenschaften.“

Neu: „Daher fordert DIE LINKE. Sachsen das allgemeinpolitische Mandat der Studierendenschaften und die Rücknahme der mit dem »Hochschulfreiheitsgesetz« beschlossenen Möglichkeit zum Austritt aus der verfassten Studierendenschaft.“

18. Antrag - Zeile 1127:

Alt: „... sondern die erste Phase wissenschaftlicher Berufsausübung.“

Neu: „... sondern die erste Phase wissenschaftlicher Berufsausübung. Aufgrund dieser speziellen Berufssituation mit ihren eigenen Anforderungen sollen die Promovierenden an sächsischen Hochschulen eine eigene Vorbereitung haben.“

19. Antrag - Zeile 1160:

Alt: „..., die an den entsprechenden Arbeitsplätzen benötigt werden.“

Neu: „..., die für die entsprechenden Altersgruppen benötigt werden.“

20. Antrag - Zeile 1163 ff.

Alt: „Die Absolventinnen und Absolventen müssen in der Lage sein, die Individualität der Kinder und Jugendlichen bzw. Schülerinnen und Schüler nicht nur zuzulassen und mit ihr konstruktiv umzugehen, sondern die Diversifizierung der persönlichen Stärken und die Förderung in schwächeren Bereichen individuell auf jedes Kind und jeden Jugendlichen anzupassen.“

Neu: „Die Absolventinnen und Absolventen müssen in der Lage sein, mit der Individualität der Kinder und Jugendlichen bzw. Schülerinnen und Schüler *nicht nur zuzulassen und mit ihr* konstruktiv umzugehen, *sondern die Diversifizierung der persönlichen Stärken und die Förderung in schwächeren Bereichen individuell auf jedes Kind und jeden Jugendlichen anzupassen.*“.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

A Leitantrag an den 7. Landesparteitag

A.2 Bildungspolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE. Sachsen

ÄÄ.2.8.1 Änderungsantrag zum Änderungsantrag ÄÄ. 2.8. - Längeres gemeinsames Lernen II

EinreicherInnen: Arbeitsgruppe Bildungspolitische Leitlinien

Ab Zeile 350

Streichung des gesamten Satzes beginnend mit „Bereits der Pädagoge ...“

Statt ÄÄ: 2.8. - In Zeile 350 folgende Änderung:

Alt: „der Pädagoge Johann Amos Comenius“

Neu: „der tschechische Pädagoge Jan Ámos Komenský (Comenius)“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

C Sachanträge zu anderen Themen an den 7. Landesparteitag

C.1 Hochschulpolitik demokratisch und solidarisch gestalten

ÄC.1.1 Änderungsantrag zu C 1 – Ersetzungsantrag

EinreicherInnen: Kristin Hofmann, Thomas Dudzak

Antrag - Ersetzung des Antrags C.1. durch:

In den letzten Monaten hat Sachsen bundesweit wieder traurige Berühmtheit erlangt, da im Schnelldurchlauf in den Semesterferien das sogenannte Sächsische Hochschulfreiheitsgesetz verabschiedet wurde.

Auch wenn der Name vieles erahnen lässt, ist es ein Etikettenschwindel: Statt die Freiheit der Hochschulen und ihrer Gruppen zu stärken, werden sie an das Gängelband des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (SMWK) gezwungen und ihre innere demokratische Organisation weiter geschwächt. Konsequenterweise führt die schwarz-gelbe Koalition damit fort, was mit der Novellierung des Sächsischen Hochschulgesetzes 2008 begonnen wurde.

So erhält das SMWK die Möglichkeit, Hochschulen für die Nichterreichung von geschlossenen Zielvereinbarungen zu bestrafen. Hochschulen, mit denen eine solche Zielvereinbarung nicht einvernehmlich getroffen werden kann, kann das Ministerium Zielvorgaben und Sanktionen auferlegen. Statt postulierter Hochschulautonomie verspricht das neue Gesetz damit noch größeren Einfluss und Kontrolle des Freistaates in die Hochschulen. Umfangreiche Kompetenzverschiebungen vom Senat zum Rektorat bzw. Hochschulrat schreiben eine weitere Schwächung der Gruppenhochschulen fest.

Unter Autonomie der Hochschulen versteht Schwarz-Gelb offensichtlich nicht die Freiheit der Hochschulen zur eigenen Schwerpunktsetzung in Forschung und Lehre, sondern die Auslagerung von Teilen des Hochschulbetriebs in Unternehmen. Angesichts sinkender Mittelzuweisungen des Freistaates wird so der wirtschaftliche Druck der Hochschulen an die Beschäftigten weitergereicht, da auf eine tarifliche Bindung für Ausgründungen bewusst verzichtet wird.

Mit dem Schaffen einer Austrittsmöglichkeit aus der StudentInnenschaft soll offensichtlich die studentische Mit- und Selbstbestimmung erheblich geschwächt und die Verhandlungsposition der studentischen VertreterInnen untergraben werden. Die Folgen der Austrittsmöglichkeit nach dem ersten Semester im Hinblick auf die finanzielle Unsicherheiten für die StudentInnenRäte mit den absehbaren Einschnitten in die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben – beispielsweise von Beratungsangeboten und Hilfestellungen in Fragen zu Lehre und Studium, bei Einführungsveranstaltungen und kulturellen Angeboten oder Auswirkungen unter anderem auf das Semesterticket - werden aus ideologischen Gründen billigend in Kauf genommen. Dieser Schritt ist ein so offensichtlicher Eingriff in die Mitwirkungsrechte speziell einer Gruppe an den Hochschulen, dass sich auch die Landesrektorenkonferenz Sachsen mit deutlichen Worten gegen die Änderung ausgesprochen hat.

Die Einführung von Langzeitstudiengebühren trifft die Staatsregierung zudem gerade den Teil der Studierenden, die auf Grund ihrer sozialen Herkunft und Lage darauf angewiesen sind, neben dem Studium zu arbeiten, um sich die Hochschulausbildung überhaupt finanzieren zu können. Mit der Einführung von Langzeitstudiengebühren werden Studierende ohne Zweifel nicht eher ihr Studium beenden. Vielmehr wird sich die Zahl von Studienabbrüchen erhöhen und gerade Menschen mit sozial schwächerem Hintergrund von der Aufnahme eines Studiums abgehalten. Absurd, wenn man bedenkt, welche Anstrengungen unternommen wurden und werden, um ebenjene für ein Studium zu begeistern. Auch die Landesmittel für die Initiative „Pack dein Studium“ sind fehlinvestiert, wenn sich bundesweit bei den SchülerInnen die Demokratiefeindlichkeit an den sächsischen Hochschulen herumspricht. Aber im Grunde genommen ist auch das Streben nach dem „Mehr“ an Studierenden eine Entwicklung in die falsche Richtung, resultierend aus dem Hochschulpakt, der Mittel nur ausschüttet, wenn trotz Geburtenrückgang die Studienanfängerzahlen gehalten werden. So treten die einzelnen Länder mit ihren Hochschulen in Konkurrenz. Es zählt leider nicht die AbsolventInnen-Quote, aus welcher man die Qualität der Lehre und der Studienbedingungen ablesen könnte.

Zusammengefasst heißt das für uns: DIE LINKE. Sachsen setzt sich für eine grundlegende Novellierung des Sächsischen Hochschulgesetzes ein. Wir wollen eine autonome innere Organisation der Hochschulen mit Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten ihrer Gruppen. Wir setzen uns deshalb für eine Ausfinanzierung der Hochschulen und Studentenwerke ein. Eine Austrittsmöglichkeit aus der Verfassten Studierendenschaft lehnen wir ab. Wir setzen uns für eine Hochschule ohne jede Gebühr und für einen breiten Zugang zu Hochschulbildung ein.

Begründung:

Dass sich die LINKE über die Pressearbeit aus dem Landesvorstand hinaus grundsätzlich zur aktuellen Lage in der Hochschulpolitik verhalten sollte, ist sicherlich einleuchtend. Dieser Ersetzungsantrag ist in die aktuelle Situation eingebettet und unserer Meinung nach sprachlich sowie inhaltlich ein wenig stringenter als der Ursprungsantrag. Vor allem da es Ziel sein sollte, diese Beschlüsse auch an PartnerInnen wie der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften, den StudentInnenRäten, etc. im Anschluss des Parteitages zur Kenntnis zu geben, bitten wir darum, diesen Antrag anzunehmen.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

D Parteiinterna

D.1 Änderung der Landessatzung im § 31, Abs. 2 –
Gemeinsame Aufgaben von Landesvorstand und Landesrat

ÄD.1.1 Änderungsantrag zu D 1 – Änderung der Landessatzung im
§ 31, Abs. 2

EinreicherInnen: Margot Gaitzsch, Dieter Gaitzsch

Der Landesparteitag möge den Vorschlag zur Änderung der Landessatzung wie folgt ändern:

Streichung der Worte am Ende des Satzes „und beschließen“

Damit würde der § 31, Absatz 2 wie folgt lauten:

(2) Bei Angelegenheiten von besonderer landespolitischer Bedeutung bzw. von besonderer Bedeutung für den Landesverband soll der Landesvorstand gemeinsam mit dem Landesrat, den Kreisvorsitzenden und dem Fraktionsvorstand der Landtagsfraktion und der Sprecherin/dem Sprecher der Landesgruppe im Bundestag beraten.

Begründung:

Das Beratungsgremium um die Sprecherin/den Sprecher der Landegruppe im Bundestag zu erweitern ist sehr sinnvoll. Der Landesvorstand soll jedoch das durch Wahlen legitimierte Beschlussgremium bleiben.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

Sven Scheidemantel

Zu meiner Person:

Jahrgang: 1971

Beruf: Kaufmann, MA MdL+MdEP,
Student Dipl. Verwaltungswissenschaften



Warum kandidiere ich für den Landesvorstand?

in den stürmischen Zeiten von Debatten über den Zustand der LINKEN und unsere Antworten auf die Krise der Gesellschaft, benötigt es eine Mannschaft im Vorstand, die gemeinsam Kurs hält und alle Genossinnen und Genossen mitnehmen kann. Es gilt in unserer Partei das Profil zu schärfen und LINKE Alternativen deutlich zu machen. Wir müssen uns das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler 2013 und 2014 hart erkämpfen. Das beginnt jetzt! Dabei sind die derzeit diskutierten Leitlinien und das, im Rahmen des „Dialogs für Sachsen“ zu erarbeitende Wahlprogramm meine Grundlage. Wenn wir es schaffen die gewerkschaftlichen Positionen, die feministischen Ansätze, das ökologische Bewusstsein, den jugendlichen Elan, den Sachverstand und Erfahrungsschatz der Kommunalpolitikerinnen, die Weisheit der älteren Mitglieder, die fundierten wissenschaftlichen Potentiale

unserer Partei, den antifaschistischen und antimilitaristischen Grundkonsens mit den neuen Ideen und Vorstellungen (z.B. zum Grundeinkommen, zum Eigentum, zur Arbeit, zum Freiheitsbegriff etc.) zu verbinden, dann und nur dann, wird unser Bild eines demokratischen Sozialismus klar! Die organisatorischen, finanziellen und strukturellen Grundlagen unseres Landesverbandes müssen und werden ebenfalls kontinuierlich den Realitäten angepasst und optimiert. Dafür möchte und kann ich, kraftvoll und ausgleichend im Landesvorstand mitwirken!

Liebe Delegierte, bitte gebt mir dafür Euer Vertrauen und Eure Stimme!

Politische Biografie:

- Grundsatzkommission beim Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen, seit 2011
- Ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht Bautzen seit 2011
- Kreisvorsitzender DIE LINKE.Bautzen, 2010 - 2012
- Absolvent Studiengang „Politik – Kommunikation – Management der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2010 - 2012
- Delegierter zum Bundesparteitag 2009, 2010, 2011
- Mitglied im Ko-Rat des Ständigen Forums der Europäischen Linken 2009 - 2011
- Kreisrat, Mitglied der Linksfraktion Bautzen und Pressesprecher, seit 2009
- Mitglied im Kreisausschuss Bautzen, seit 2009
- stellvertretender Kreisvorsitzender DIE LINKE. Bautzen in 2008 - 2010
- Kandidatur für Bundespartei Vorstand der LINKEN und als Bürgermeister 2008
- Mitglied des Verwaltungsausschusses der Gemeinde Arnsdorf seit 2008

Weitere Mitgliedschaften / ehrenamtliches Engagement:

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Kommunalpolitisches Forum Sachsen, DOMOWINA – Bund d.Sorben, VVN – BdA, Gewerkschaft verdi, Eisenbahn – Landwirtschaft e.V., BAG Grundeinkommen, LAG B&G, LAG Migration uvm.

*Herausgeberin:
Landesgeschäftsführerin DIE LINKE. Sachsen*

Satz: Rico Schubert

Oktober 2012

www.dielinke-sachsen.de